

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 57 (1963)
Heft: 7-8

Artikel: Eine amerikanische Stadt verwirft den Zivilschutz
Autor: Ainsworth, John E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140801>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine amerikanische Stadt verwirft den Zivilschutz

Ein Brief an die «New York Times» (18. Juni 1963) gibt einen aufschlußreichen Einblick in amerikanische Überlegungen zum Zivilschutz. Sie dürften auch bei uns bald aktuell werden.

«In den letzten zehn Jahren versuchte unsere Regierung die Leute immer dazu zu „erziehen“, den Zivilschutz als etwas wie ein Rettungsboot auf einer See der Vernichtung zu betrachten. Während der Kubakrise, nachdem sich die Bürger unserer Stadt Portland (größte Stadt des Staates Oregon, mit etwa 400 000 Einwohnern. D. Ü.) seit 13 Jahren ihre Gedanken über den Zivilschutz hatten machen können, kamen sie zum Schluß, daß er nicht einmal 20 Cents per Jahr wert sei und verweigerten an einer Abstimmung weitere Kredite dafür. Nach der Auffassung von Stadtkommissär Earl sind die Einwohner von Portland der Regierung punkto Einschätzung moderner Waffen weit voraus . . . Zivilschutz ist nutzlos. Portland wäre das Zielgebiet einer Nuklearattacke und wenn die H-Bombe fällt, können wir nichts ausrichten. Unsere Bevölkerung ist der Überzeugung, daß Friede die einzige Lösung darstellt.»

«Selbst die primitivste Beobachtungsgabe und die Fähigkeit, Tatsachen von Phantasiegebilden zu unterscheiden, überzeugt einen, daß diese richtige und eindeutige Erklärung der Bürger von Portland mit der Auffassung des ganzen amerikanischen Volkes identisch ist und daß die nationale Lethargie (Interesselosigkeit) auf die die Zivilschutzbehörden überall stoßen, nichts anderes ist als jene gesunde Skepsis und Intelligenz, auf der die Demokratie mit ihren Einrichtungen beruht und dank denen sie überleben kann.»

«Während das Verteidigungsdepartement die Ablehnung des Zivilschutzes durch die Bevölkerung von Portland als ernste Gefährdung der nationalen Überlebenschancen betrachten mag, sehe ich darin einen wichtigen ersten Schritt für die Sicherung unseres Überlebens.»

«Kann man es noch deutlicher machen, daß die Bewohner von Portland als typische Amerikaner den Zusammenhang begreifen, der besteht zwischen unserer Fähigkeit, mit immer neu entstehenden Nuklearwaffen unsere Gegner hundertfach zu vernichten und der Wahrscheinlichkeit eines Weltbrandes durch Versehen, durch eine herausfordernde Außenpolitik wie durch psychopathische Politiker, ja sogar durch die Aktion unbedeutender, in ihren Interessen geschädigter Nationen (wronged nations) . . . Wir Bewohner von Portland sehen ein, daß es keinen anderen Schutz gibt als den Frieden. Muß man es noch klarer machen, daß unser Volk darauf drängt, man solle in dieser Richtung vorwärts machen und daß es jeden glaubwürdigen Schritt des Präsidenten auf die Schaffung friedlicher Beziehungen mit allen Nationen und die Entwicklung globaler friedenerhaltender Einrichtungen nach Kräften unterstützen wird.»

«Das Vertrauen der Nation in die Integrität seiner Führer wird nicht erschüttert werden durch eine immer präsente, lautstarke Minderheit, die vorgibt, selbst die kleinste Konzession an den Frieden werde unserem hundertfachen Vernichtungspotential ein Ende machen und uns mit einem Schlag in Sklaverei versinken lassen. Wenn man diesen Leuten glauben wollte, wären wir trotz unserer weltweiten technischen Überlegenheit zu naiv, um ungefährdet Friedensverhandlungen zu führen und unsere in 150 Jahren bewiesene Fähigkeit, demokratische Einrichtungen zu schaffen, würde nicht genügen als Basis für zuverlässige, den Weltfrieden und unsere demokratischen Institutionen garantierende Maßnahmen.»

John E. Ainsworth, Bowie, USA

Nachschrift des Übersetzers: Die Einstellung der Bewohner von Portland zum Zivilschutz erfuhr ihre Bestätigung auch in einem der bekannten Verhöre (hearings) vor dem Militärausschuß des USA-Repräsentantenhauses, wo D. Wayne Morse, Senator des Staates Oregon, das gesamte nationale Zivilschutzprogramm als «sinnlos, verschwenderisch und unrealistisch» bezeichnete. Auch die übrigen aufgebotenen Zeugen setzten sich nicht für Luftschutzbauten ein, viele bezeichneten sie sogar als Krematorien. Man beginnt, laut «New York Times», auch an der Wirksamkeit der Evakuierung zu zweifeln, denn die Ausfallstraßen der Großstädte würden leicht zu Todesfallen.

Red.

Die Vergessenen

Dreizehn Prozent der Neger, Puertorikaner und Mexikaner, die in den USA leben, sind arbeitslos. 15 Prozent der amerikanischen Jugend, das heißt eine Million von ihnen, sind ebenfalls ohne Arbeit.

Eine weitere Tatsache von Interesse, was die wirtschaftliche Situation der «wohlhabenden» (affluent) Gesellschaft anbelangt, ist die Tatsache, daß 14,5 von den 18 Millionen, die nicht mehr arbeitsfähig sind, die sogenannten «senior citizens», ein so niedriges Einkommen haben, daß sie überhaupt keine Einkommenssteuer bezahlen. Die Steuerreduktionsvorschläge Kennedys reichen demnach nicht bis zu dieser «vergessenen» Kategorie von Bürgern herunter, und die Steuerermäßigungen Senator Goldwaters (von der äußersten Rechten) kommen auch nicht auf für ihre Krankheitsunkosten, noch für die Heilungskosten jener ungefähr weiteren 100 Millionen, die in diesem Land der «freien Unternehmer» nur knapp über dem Existenzminimum zu leben gezwungen sind.

Von den 16 Milliarden Dollar, die jährlich für die Forschung ausgegeben werden, gehen 12 Milliarden oder 75 Prozent an den mili-